

Auf dem Gedankenweg – Marx und das Recht

Dirk Purschke: *Der Rechtsgedanke bei Marx, De Gruyter, Berlin/Boston 2022, 312 S., 99,95 Euro.*

Unter einem klug gewählten, an Holerbachs Schelling-Monografie von 1957 angelehnten Titel bereichert der Autor mit seiner an der Technischen Universität von Dresden verteidigten Dissertation auf bemerkenswerte Weise die bisherigen Einsichten der einschlägigen Marx-Forschung. Für deren künftige Ergebnisse hat übrigens der in Berlin und Boston beheimatete De Gruyter-Verlag unter der Herausgeberschaft von Andreas Arndt und Gerald Hubmann eine eigene Schriftenreihe eröffnet; ein unmissverständlicher Hinweis auf das – von vielen unerwartet – anwachsende Marx-Interesse. Das hat auch die USA längst erreicht, wie es sich in geballter Ladung im *Routledge Handbook of Marxism and Post-Marxism*, New York 2021, sowie in dem von P. O’Connell edierten *Research Handbook on Law and Marxism*, Cheltenham, Massachusetts 2021, manifestiert.

Die vom Autor als *Quellenstudien zu einer entwicklungsgeschichtlichen Rekonstruktion von Marxens Philosophie des Rechts* verstandenen Darlegungen beruhen auf seiner umfassenden Kenntnis der Quellentexte (MEW wie MEGA) sowie der von ihm in einem erstaunlichen Umfang ausgewerteten – vor allem deutschsprachigen – Sekundärliteratur.¹ Seine Auffassun-

gen vertritt Purschke nicht unkritisch (z.B. gegenüber dem Autor dieser Rezension), jedoch ohne Vorurteile gegen Linke wie Rechte, gegen die Ost- wie gegen die West-Literatur. Dabei konzentriert er sich auf die Rolle des Rechts innerhalb des Gedankenweges von Marx. Der hatte zwar an den Universitäten von Bonn und danach von Berlin Jurisprudenz studiert, und das Verzeichnis seiner Werke beginnt mit einer (verloren gegangenen) dreihundert Bogen umfangreichen „Metaphysik des Rechts“ (MEGA I/1, S. 1274), aber in der allgemeinen Wahrnehmung gilt er zu Recht nicht als Jurist, sondern als promovierter Philosoph, als Journalist, als Politiker, als Koautor des *Manifest der Kommunistischen Partei*, und als Ökonom mit seinem Mammutwerk *Das Kapital*. „Marx und das Recht“, so konnte man neuerdings sogar lesen, höre sich an wie „Kuh und Klavierspielen“.²

Tatsächlich aber, und das beweist der Autor unüberlesbar, hatte das Recht bei Marx in allen Phasen seiner Gedankenentwicklung eine zwar nicht erstrangige, jedoch eine – in unterschiedlicher Weise – notwendige Funktion. Wohl determinierte es nicht

Buchanan, Marx and Justice, London 1982; H. Dahlke, Karl Marx über das Wesen des Rechts, Frankfurt 1959; E. Hippel, „Recht und Staat bei Marx“, in: Stimmen der Zeit, 1953, S. 186-197; H. Klenner, Historisierende Rechtsphilosophie, Freiburg 2009, S. 425-519; H. Lottig, Marx und das Recht, Hamburg 1961; A. Rappoport, Die marxistische Rechtsauffassung, Riga 1927; I. Szabó, Karl Marx und das Recht, Berlin 1981; Th. Sablowski u.a. (Hrsg.), Auf den Schultern von Karl Marx, Münster 2021, S. 35-47 („Marx und das Recht“).

² Andreas Fisahn, Staat, Recht und Demokratie, Köln 2018, S. 9.

¹ Nicht berücksichtigt sind freilich die einschlägigen Lemmata des (bisher: neunbändigen) Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus. Zu ergänzen wäre auch: A.

die jeweiligen Ergebnisse seiner Überlegungen, aber es gehörte zu deren Destination. Und das von Beginn an. Marxens schließliche Konversion zu seiner materialistischen Weltanschauung erfolgte übrigens zunächst nicht am Gegenstandsbereich ökonomischer, sondern vornehmlich *juristischer* Problemfelder, nämlich an: Demokratie, Eigentums- und Ehescheidungsgesetzen sowie den Menschenrechten, und dabei besonders der Presse- und der Religionsfreiheit. Und das alles geschah zunächst in Anknüpfung an den fundamentalen Gegensatz der Rechtskonzeptionen von einerseits der dem Feudalismus verhafteten Historischen Rechtsschule mit Savigny an der Spitze (bei dem Marx übrigens im Wintersemester 1836/37 die Pandekten-Vorlesung „fleißig“ besuchte) und andererseits die den Grundwiderspruch der bürgerlichen Gesellschaft reflektierenden *Grundlinien der Philosophie des Rechts* von Hegel (deren §§ 261 bis 313 Marx radikalkritisch kommentierte). Hegels ausdrücklich zum Gebrauch für seine Vorlesungen bestimmtes Rechtsphilosophie-Lehrbuch wird von Purschke völlig zutreffend in der Lesart von Eduard Gans berücksichtigt, was schon deswegen hochaktuell ist, weil neuestens versucht wurde, diesen deutsch-jüdischen Freund Hegels und Herausgeber der von Marx benutzten Zweitaufgabe von Hegels *Grundlinien der Philosophie des Rechts* vollständig zu negieren.³

Die Stärke von Purschkes Argumentation besteht in ihrer Detailtreue wie im Aufdecken der jeweiligen Problemlage samt ihrer Entwicklung, und das in einer bemerkenswert guten Diktion. Dabei spielt er nicht den jungen gegen den alten Marx aus, sondern nimmt jede Denkphase für sich wichtig, denn er will ja nicht mit Marx etwas beweisen, sondern dessen Gedankenentwicklung rekonstruieren, um sie nachvollziehbar zu machen. Und das tut er anhand der juristisch unmittelbar relevanten Marxschen Originaltexte von 1835 bis 1837, sodann 1838 bis 1843, danach 1844 bis 1849, anschließend 1850 bis 1862 und, überlappend, von 1850 bis 1881.

Um ein Gesamturteil nicht zu scheuen: Dem Autor gelingt sein eigenes Vorhaben im vollen Umfang. Allerdings besteht sein Thema eben nicht in dem der meisten Autoren, die vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Krisengeschehens einer globalisierten Wirtschaft samt Okkupationen und Kriegen vieler Sorten die Auseinandersetzung mit Marxens Theorie in der Hoffnung betreiben, den Blick für „Alternativen zum Kapitalismus“ freizulegen,⁴ oder wenigstens die aktuelle Weltkriegsgefahr einzudämmen. Purschke verzichtet zwar nicht darauf, die „im Wirken der bürgerlichen Gesellschaft eingelassenen Eigentumsverhältnisse als eine immanente Blockierung der universellen Durchsetzbarkeit rechtlicher Freiheit“ zu charakterisieren (176, 289 f.), aber er konzentriert sich eben auf die *inne-*

³ So geschehen durch: P. Skekeler, Hegels *Grundlinien des Rechts*, Hamburg 2021; aufgedeckt in deren Rezension im Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Bd. 108, 2022, S. 156.

⁴ Vgl. etwa: Christine Weckwerth, „Karl Marx im Spiegel neuerer Rezeptionstendenzen“, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 56 (2008), S. 435-450.

re Gedankenentwicklung von Marx selbst, der, wie zuvor schon Hegel und Gans, unter der *Norma normarum* des Rechts die Freiheit des Individuums verstand. So versteht sich auch der berühmteste aller *Manifest*-Sätze von der „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (MEW 4/482; MEGA I,10/621).

Eine Limitierung des Gedankenweges des Autors aufzudecken, ist unverzichtbar: bei ihm werden neue Gedanken immer nur aus vorangegangenen Gedanken produziert. Dass Gedankenentwicklungen auch gesellschaftlich verursacht und von persönlichen Lebensumständen beeinflusst sind, wird von ihm nicht problematisiert.

Hermann Klenner

Zur Aktualität von Friedrich Engels

Smail Rapic (Hrsg.): Naturphilosophie, Gesellschaftstheorie, Sozialismus. Zur Aktualität von Friedrich Engels, Berlin 2022 (suhrkamp taschenbuch), 393 S., 24 Euro.

Der publizistische Nachklang zu der Welle von Veröffentlichungen anlässlich Friedrich Engels' 200. Geburtstags (2020) enthält eine Reihe von Vorträgen, die für einen international besetzten Kongress an der Bergischen Universität Wuppertal vom 19. bis 21. Februar 2020 gehalten oder vorbereitet worden waren.¹ Der Organisator der Tagung und Herausgeber des Bandes sieht das gemeinsame Anlie-

gen der Artikel „in der Rekonstruktion derjenigen originären Beiträge von Engels zur marxistischen Theoriebildung und zur Geschichte des Sozialismus, die in wissenschaftsphilosophischer, gesellschaftstheoretischer und emanzipatorischer Hinsicht nach wie vor relevant sind.“ (12)

Entsprechend der thematischen Arbeitsteilung zwischen Marx und Engels, wonach Marx (neben journalistischen Arbeiten) vor allem sich der Vertiefung der Kritik der politischen Ökonomie widmete, war Engels ein breites Spektrum anderer Problembe- reiche, wie z.B. historische Analysen, Geschlechterbeziehungen, Naturwissenschaften, Entwicklung der Militär- technik und vieles andere mehr vorbe- halten. – Dies bildet der vorliegende Band insofern ab, als fünf große The- menblöcke vertreten sind, zu denen differierende Fragestellungen in meh- reren Beiträgen behandelt werden. Hervorzuheben ist, dass – neben be- kannten deutschen AutorInnen – eine Reihe hochkarätiger internationaler Experten aus Großbritannien, den USA, China, Mexiko, den Philippinen, Italien und Indien vertreten sind, die hierzulande kaum bekannt sein dürften.

Während im ersten Themenblock (Naturphilosophie, Dialektik) in drei Bei- trägen² differenziert die gegen Engels vorgebrachten Kritikpunkte (Missver- stehen Hegels, mechanischer Materia- lismus etc.) überzeugend zurückge- wiesen werden, widmet sich der zwei- te Themenblock (mit drei Beiträgen) seinen frühen politökonomischen Schriften, die Marx bald beeindruck-

¹ Siehe den ausführlichen Bericht hierzu in: Z 122 (Juni 2020), S.198-203.

² Vgl. auch die Beiträge von S. Sayers und K. Kangal in Z 122.

ten, dessen Beschäftigung mit diesem Problemfeld auslösten und antrieben sowie die freundschaftliche Bande zwischen beiden einleiteten. Ein dritter Themenblock („Klassenherrschaft und Staat“) versammelt sechs Artikel, die sich mit spezifischen Problemen der Klassenbildung und ihrer Erfassung, mit Geschlechterhierarchien und den mehrdimensionalen Elementen seiner staatstheoretischen Erörterungen befassen. Wolfgang Streeck analysiert z.B., inwieweit Engels eine Theorie des Staates und der Politik mit dem technischen Fortschritt, vor allem dem in den militärischen Destruktivkräften, in Verbindung bringt und verweist darauf, dass Engels hierdurch einige sehr genaue Prognosen (z.B. über die Möglichkeit, Dauer und Zerstörungskraft eines Weltkriegs) schon Anfang der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts gelangen. Nicht alle Beiträge, vor allem in diesem Themenblock erreichen dasselbe Niveau; bei der als „kritische Revision“ von Engels’ „Lage der arbeitenden Klassen in England“ angekündigten Abhandlung von G. Lohmann lässt sich kaum nachvollziehen, worin die „kritische Revision“ bestehen soll und welches überhaupt seine Hauptthese ist; dagegen ist H. Sünkers vergleichende Analyse des Konstitutionsprozesses des Proletariats bei Engels, bei E.P. Thompson und M. Vester in ihren ähnlichen und differierenden Akzentsetzungen lesenswert. Die Auseinandersetzung von Terrell Carver, einem langjährigen Engelsforscher, mit dem seinerzeit sehr verbreiteten Werk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ (1884) erscheint als ambivalent, in manchen Punkten überzogen. Zwar sind die Hinweise auf

die Überholtheit mancher Aussagen durch die spätere Forschung (z.B. über historische Zusammenhänge und Verlaufsformen dieser Institutionen) durchaus zutreffend; Engels aber als einen naiven, ahistorischen Huldiger von Biologismus und Naturalismus bezüglich Geschlechterverhältnissen darzustellen, da er noch nicht explizit die „Männerforschung“ aufgenommen hat (obwohl von ihm die „dominante Männlichkeit als gleichförmig und universell aufgefasst wurde“ (229)) kann wohl auch mit vielen Fragezeichen versehen werden.

Der vierte Themenblock richtet sich auf das Spannungsfeld von „Emanzipation und Repression“ und thematisiert u.a. – sehr spezifische – revolutionstheoretische Aspekte in historischen Engels’schen Schriften, seine Ausführungen zu den gesellschaftlichen Bedingungen von Freiheit sowie als Beispiel repressiver, massenwirksamer Ideologien: Reflexionen zum Antisemitismus.

Im letzten Themenbereich über „Sozialismus und Kommunismus“ werden Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Marx und Engels hinsichtlich ihrer Vorstellungen über eine postkapitalistische Gesellschaft thematisiert; dabei wird auf Engels’ Prognose vom „Absterben des Staates“ in einer sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaft und die unterschiedlichen Interpretationen dieser These eingegangen. Der Autor verweist darauf, dass beim Begriff „Staat“ stärker auf den Unterschied zwischen „politischer Herrschaft“ und „notwendiger gesellschaftlicher Amtstätigkeit“ unterschieden werden müsse, wenn Fehlinterpretationen von Engels vermieden werden sollen. Denn mit dem

„Absterben des Staates“ habe Engels insbesondere die „politische Herrschaft“ gemeint und nicht die demokratisch legitimierte Überwachung und Kontrolle gesellschaftsnotwendiger Vollzüge. Auch die immer wieder diskutierte Frage, inwieweit Wertproduktion bzw. Tauschwertorientierung in dieser Form in sozialistischen Gesellschaften denkbar bzw. notwendig sei, wird hier an Engels' – nicht widerspruchsfreien – Aussagen zu dieser Fragestellung diskutiert und letztlich verneint.

Im letzten Artikel dieses Themenblocks beschäftigt sich der Verfasser mit Engels' Auseinandersetzung mit dem Anarchismus und den Gegnern der Bildung politischer Parteien. Hier zeigt der Autor, dass Engels' Auffassungen von einer politischen Partei der Arbeiterklasse bzw. einer kommunistischen Partei sich in den Hauptphasen seiner Lebens- und Wirkungsgeschichte zwar änderten, er aber nie deren Überflüssigkeit oder notwendigerweise eintretende Deformation behauptet hat. Interessant wäre es aber – so der Verfasser – wenn solche im 20. Jahrhundert aufgetretenen Entwicklungen ernsthaft analysiert werden könnten.

Insgesamt trägt der Sammelband erheblich dazu bei, die große Bedeutung Engels' für die Entfaltung der marxistischen Theorie im weitesten Sinne zu unterstreichen und die Auffassungen, wonach er bloß eine untergeordnete Rolle und / oder die eines „Vereinfachers“ oder „Dogmatisierers“ von Marx spielte, zurückzuweisen. Nicht nur die theoretische Zuspitzung von speziellen Problemstellungen im breit angelegten Werk von Engels, sondern auch die immer wieder mitschwin-

gende Frage nach deren aktueller Bedeutung charakterisiert die Anlage dieses Bandes. Daher scheint dessen Lektüre – trotz unterschiedlicher Qualität einzelner Beiträge – sowohl für „Einsteiger“ wie auch für „alte Hasen“ auf diesem Feld von hohem Interesse zu sein.

Dieter Boris

Warum wird „Chinas sozialistische Erfahrung kollektiv ignoriert?“

Yan Ping/Jan Turowski (Hrsg.): „Sozialismusdebatte chinesischer Prägung“, Band 1 in der Schriftenreihe „LinkerChinaDiskurs“, VSA: Verlag, Hamburg 2021, 224 S., 16,80 Euro.

Das Pekinger Büro der Rosa Luxemburg-Stiftung hat zusammen mit dem VSA-Verlag mit der Veröffentlichung der Schriftenreihe „LinkerChinaDiskurs“ begonnen, die Interviews und Aufsätze linker chinesischer Intellektueller zu Chinas Entwicklung versammelt. Der erste Band, herausgegeben von *Yan Ping*, Chefredakteur der Zeitschrift *Beijing Cultural Review* und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentralinstituts für Sozialismus, und *Jan Turowski*, Leiter des Büro Beijing der Stiftung, ist Ende 2021 erschienen. Unter dem Titel „Sozialismusdebatte chinesischer Prägung“ versammelt das Buch Aufsätze aus den Jahren 2011 bis 2020, die zuerst auf Chinesisch in der *Beijing Cultural Review* erschienen sind, einer in China einflussreichen theoretischen Zeitschrift. Im Sommer 2022 erscheint auch Band 2 der Schriftenreihe, der sich unter dem Titel „Immer noch tastend den Fluss überqueren“ mit Chi-

nas marktsozialistischem Modell befasst. Weitere Bände sind in Vorbereitung.

Dass in China über die gesellschaftliche Entwicklung des Landes diskutiert wird oder dass es eine Debatte in der chinesischen Linken über die Marktreformen, über die Klassenverhältnisse und die äußerst ungleiche Verteilung des Mehrprodukts gibt, ist hierzulande fast unbekannt. Vor Jahren berichteten die Medien im Westen mal über marxistische Studentengruppen der renommierten Peking-Universität, die die Erkenntnisse von Marx und Engels in die Praxis umsetzen wollten und zur Unterstützung streikender Arbeiter ins südchinesische Perflussdelta führen. Einige Studenten wurden später verhaftet. Die hiesige Kenntnislosigkeit über die Diskussionen in China liegt nicht nur an der Sprachbarriere. Die meisten kritischen Sozialwissenschaftler im Westen haben keinen Zugang zu der Sprache.

Die Unkenntnis liegt vor allem an vorgefassten Meinungen und Urteilen: Weil China keine Demokratie nach westlichem Verständnis ist und weil es dort nach unseren tiefsitzenden Vorurteilen keine Meinungsfreiheit gibt, kann es in China, das sich offiziell auf dem Weg zum Sozialismus befindet, auch keine kritischen Diskurse über die Entwicklung und über den Kurs der Partei geben. Motto: Wir können nichts von China lernen. Nach dieser Logik, die letztlich von der kulturellen und politischen Überlegenheit des Westens ausgeht, stehen chinesische Veröffentlichungen, die sich mit der politischen Ökonomie und der Gesellschaftsstruktur des Landes befassen, von vornherein unter Propa-

ganda-Verdacht. Umso wichtiger sind die Übersetzung und Veröffentlichung dieser Debatten, die in China gegenwärtig stattfinden.

Die in dem ersten Band versammelten Beiträge zielen weniger auf die Verständigung mit Marxisten und Linken aus anderen Kulturkreisen. Es geht in erster Linie um die Diskussion mit chinesischen Intellektuellen und kritischen Wissenschaftlern. Um die Verständigung darüber, auf welchem Entwicklungsweg die Gesellschaft und die Volkswirtschaft sind, welche sozialen Probleme dabei entstanden sind und inwieweit das Land auf dem Weg zum Sozialismus ist. Der merkwürdige Terminus „Sozialismus chinesischer Prägung“ weist darauf hin, dass es den chinesischen Theoretikern zufolge nicht *die eine* Blaupause für eine Entwicklung zum Sozialismus gibt, für die die Revolutionäre anderer Länder missioniert werden sollen. Sondern dass die KP ein Modell verfolgt, das Chinas besonderen Bedingungen als ursprünglich sehr armes, bevölkerungsreiches Land mit unterentwickelten Produktivkräften entspricht. Oder ist der Zweck des Begriffs vom „Sozialismus chinesischer Prägung“ vielmehr die Verkleisterung der Widersprüche, um vom eigentlich kapitalistischen Charakter der chinesischen Gesellschaft abzulenken?

Zum anderen ist die Lektüre der Aufsätze anstrengend, wenn man sich nicht mit der jüngeren Geschichte Chinas befasst hat. Zwar versucht Jan Turowski in seiner Einführung eine Einordnung der theoretischen Diskussion. Ein Glossar hilft zudem beim Verständnis von Begriffen. Zum Beispiel dem „996-System“, der in Chinas riesiger IT-Branche verbreiteten

ungesetzlichen, aber geduldeten Arbeitszeit von 12 Stunden an 6 Wochentagen; oder der „Angang-Verfassung“, einer von Mao Zedong 1960 als Modell propagierten Betriebsverfassung aus einem Stahlwerk, die – anders als das sowjetische Modell der Unternehmensführung – eine Beteiligung der Arbeiter:innen am Management vorsah.

Im Folgenden eine Skizze einiger Beiträge aus dem Buch: In dem 2020, also in der Pandemie, geführten Interview mit der Überschrift „Das Durcheinander des 21. Jahrhunderts“ unternimmt der in den USA lebende chinesische Literaturkritiker Li Tuo den Versuch, einige Aspekte der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems zu analysieren. Er diskutiert die u.a. von Chinas Staatschef Xi Jinping propagierte Idee einer „Schicksalsgemeinschaft der Menschen“, die vielleicht auch das Konzept der Nationalstaaten transzendiert. Er fragt, ob man in Zukunft noch von Ost und West sprechen wird und welche Rolle der Eurozentrismus und die transatlantischen Beziehungen künftig noch spielen werden. Er betont, dass „der Kapitalismus nicht von allein herangewachsen (ist), sondern er hat sich stets parallel und im Wechselspiel mit dem Sozialismus weiterentwickelt“. Und an die europäische Linke stellt er die Frage: „Eurozentrismus-kritische Studien ... haben die gesamte akademische Welt über alle Disziplinen hinweg beeinflusst. Wäre es heute dann nicht an der Zeit ... zu hinterfragen, wieso man Chinas sozialistische Erfahrung kollektiv ignoriert?“

In einem Beitrag mit dem Titel „Sozialismus 3.0: die Realität und die Zukunft des chinesischen Sozialismus“

versucht die Redaktion der Zeitschrift Beijing Cultural Review eine Bestimmung des Zustandes des Sozialismus. Als Sozialismus 1.0 werden die ersten 30 Jahre nach Gründung der Volksrepublik mit Planwirtschaft, Industrialisierung und Verteilung des Landes an die Bauern definiert. Sozialismus 2.0 war der 1979 eingeleitete Versuch, Sozialismus mit Marktwirtschaft, Privatisierung und Fokus auf Effizienz zu verbinden. Dabei stand China vor dem Problem, dass es für die Weiterentwicklung des Sozialismus keine Referenzmodelle mehr gibt – ausdrücklich genannt wird das Scheitern der Sozialdemokratie. Jetzt steht Sozialismus 3.0 an, die notwendige Antwort auf die von den Markt-reformen verursachte Krise: Trennung der Arbeitenden von den Produktionsmitteln und Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse. Die KP muss „nicht nur im Bereich der Sozialpolitik einige Anpassungen vornehmen ..., sondern auch ihre eigene Klassenbasis neu konzipieren“.

Wang Hui, Professor an der Pekinger Tsinghua-Universität, ist einer der wichtigsten linken Intellektuellen Chinas. Von ihm sind mehrere Bücher auch auf Englisch erschienen. In seinem Beitrag über die „weltweite Krise der Repräsentation“ diskutiert er nicht nur die vielfach beschworene Krise der Demokratien im Westen, sondern befasst sich vor allem mit der Situation im heutigen China, das „gerade einen historischen Prozess des Wiederaufbaus der Klassenstruktur und der Unterdrückung der Klassenpolitik“ erlebt. Die Beziehungen der Parteien zu den Massen, ihrer sozialen Basis, haben sich in eine Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft entwickelt. Po-

litik ist für Wang Hui zu einer Kategorie des Managements, zur entpolitisierten Politik, degeneriert. Er diskutiert die Möglichkeiten, „wie gesellschaftliche Kräfte in größerem Umfang und direkter am politischen Prozess teilnehmen können“.

Das Buch versammelt weitere sehr spannende Beiträge, u.a. zur Entwicklung der Klassen in China und zur Bewertung der marktwirtschaftlichen Reformen. Unbedingt lesenswert!

Wolfgang Müller

Neues Jahrbuch für marxistische Gesellschaftstheorie

Redaktionskollektiv: René Bohnstingl, Andreas Kranebitter, Linda Lilith Obermayr, Karl Reitter (Hrsg.): Jahrbuch für marxistische Gesellschaftstheorie 1: Staatskritik, marxistisches Denken, Mandelbaum, Wien/Berlin 2022, 321 S., 20 Euro.

Die Landschaft linker und dann auch noch explizit marxistischer Zeitschriften ist im deutschsprachigen Raum übersichtlich. Mit dem Jahrbuch ist nun eine neue Publikation erschienen, die sich „als Reaktion auf und als Alternative zur akademischen Entwicklung im Wissenschaftsbetrieb“ sieht (ein Thema, das hier leider nicht weiter ausgebreitet wird, aber eine Vertiefung verdient hätte), und sich von „marxologischen Publikationsprojekten“ abheben möchte, wobei leider unerwähnt bleibt, auf welche Projekte hier Bezug genommen wird. Es wird lediglich hinzugesetzt, dass man keine „philologisch[e]“ Rekonstruktion des Marxschen Denkens verfolgt. Und hier sind wir auch schon beim einzig wirklich ärgerlichen Punkt dieser an-

sonsten alles in allem gelungenen Premiere des Jahrbuchs: in mehreren Beiträgen wird gegen die sogenannte Neue Marx Lektüre angeschrieben, ohne auch nur im Ansatz zu erläutern, wen und was man hier eigentlich meint. Damit wird das angestrebte eigene Niveau unterlaufen und die Chance für eine bedeutungsvolle Auseinandersetzung vertan. Stattdessen leider nur Geräusche. Unschwerflich ist auch in einigen Artikeln Corona und die Corona-Politik ein Thema, aber ein eigener gewichtiger Beitrag hierzu fehlt.

Bemerkenswert ist, dass die erste wie auch die kommende, zweite Ausgabe allein durch Spenden finanziert wurde. Zugleich wurde eine eigene Webpräsenz eingerichtet, auf der auch einige Beiträge der Ausgabe frei zugänglich sind.¹

Sehr gelungen ist das Bestreben, der „Geschichtsvergessenheit der Theorieproduktion entgegenzuwirken“, weshalb man sich entschlossen hat, abseitig veröffentlichte Texte hier erneut abzudrucken. In diesem Falle wurde ein beeindruckender Text von Heinz Steinert über Foucaults „Überwachen und Strafen“ gewählt, der zuerst 1978 erschien und von Andreas Kranebitter ausführlich eingeordnet wird. Ferner wird damit einem zentralen Problem linker Theoriebildung begegnet, dass vor allem mit Blick auf den akademischen Raum ein echtes Problem darstellt: dass bestehendes linkes Wissen nicht erinnert wird, womit es eigentlich verloren gegangen ist und das Rad immer wieder neu erfunden wird, wobei das durchaus auch

¹ Siehe <https://www.jahrbuch-marxistische-gesellschaftstheorie.net/>

dem universitären Zwang zur Innovation geschuldet ist. Es wäre wünschenswert, würde diese Kategorie im Jahrbuch mit mehr als einem Text bestückt werden. Material gibt es genug. Insgesamt überzeugt der Band, mit einem ganz eigenen Sound: die Mehrzahl der Beiträge ist eine herausfordernde und anregende Lektüre, die Denkstöße gibt, der gelungenste Teil sind die Rezensionen, in denen gerade nicht der Inhalt der besprochenen Bände nur referiert, sondern in sehr individueller Art diskutiert wird. Besonders bemerkenswert ist ein Verriss von Silva Federicis „Caliban und die Hexen“ durch Dorothea Schmidt, der zufolge die von Federici präsentierten historischen Entwicklungen und die damit verknüpften Analysen so nicht zutreffend und geschichtlich schlicht nicht korrekt sind.

Neben insgesamt zehn Besprechungen, dem erwähnten Wiederabdruck Heinz Steinerts und dessen Einbettung bietet der Band zwölf Artikel, die sich auf die Kategorien Artikel und Debattenbeiträge verteilen. Einzig der Beitrag „Der Feind in mir. Zu Roberto Esposito: Immunitas“ (Imma Luise Harms) lässt den Rezensenten ratlos zurück. Die anderen sind ausnahmslos erkenntnisbringend.

Besonders hervor stechen Karl Reiters Elemente der Marxschen Staatskritik, Emanuel Kapfingers Rekonstruktion revolutionärer Theorie und Jan Rehmanns Beitrag über Foucaults Fehlinterpretation der Benthamschen Panopticon-Schriften. Vor allem hier werden relevante Themen und Diskussionen der breiteren Linken aufgenommen und diskutiert, und es gelingt die Verknüpfung zu politisch-

gesellschaftlichen Themen über den engeren Rahmen hinaus. Weitere Themen sind u.a. Widerständigkeit und Kritik spekulativen Denkens (Linda Lilith Obermayr), die Aktualisierung neomarxistischer Arbeitsutopien (Michael Hirsch) oder das Portrait über Eugen Dühring von Gerhard Hanloser.

Hinzu kommen ein kurzes Editorial, ein spezifischer Call for Papers zum Thema Arbeit und Technokratie und ein allgemeiner Call for Papers, dem hoffentlich breit entsprochen wird.

Sebastian Klauke

Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

Stefan Kreuzberger: Das deutsch-russische Jahrhundert. Geschichte einer besonderen Beziehung, Rowohlt Verlag, Hamburg 2022, 672 S., Buch 36,00 Euro/eBook 28,99 Euro (Seitenangaben aus eBook).

Auch Zeithistoriker können Pech haben, wenn ein Buch vier Wochen nach Beginn des Ukraine-Krieges erscheint und wichtige Voraussetzungen der Studie obsolet zu werden drohen. Der in Rostock lehrende, im westdeutschen Calw geborene und sozialisierte Stefan Kreuzberger mochte es geahnt haben, als er in seinem Resümee schrieb: „Trotz durchaus erfolgsgekrönter Bemühungen ist es am Ende des deutsch-russischen Jahrhunderts um das bilaterale Verhältnis nicht gut bestellt. Der Kreml bedient sich inzwischen politischer Praktiken und auch einer Rhetorik, die Erinnerungen an die frostigsten Zeiten des Kalten Krieges wieder aufleben lassen.“ (514)

Leitmotiv ist für ihn das „deutsch-

russische Jahrhundert“, denn es gibt „kaum andere Staaten auf der Welt, deren bilaterale Beziehungen während der vergangenen einhundert Jahre auch nur annähernd so nachhaltig durch Revolution und Umbruch, durch Terror und Gewalt sowie Abgrenzung und Verständigung geprägt worden sind. Diese drei gemeinsamen Wirklichkeiten bestimmten immer wieder das Weltgeschehen“ und helfen „die Komplexität und Verflochtenheit der deutsch-russischen Beziehungen zu vermitteln“. (26) Dieses Leitmotiv mit seinen vermeintlich jeweils zwei Seiten durchzieht die fünf Kapitel des Buchs und die drei zentralen Kapitel suchen den Widersprüchen auf den Grund zu gehen.

Einleitend schickt der Autor die Leser allerdings in die Anfänge der besonderen deutsch-russischen Beziehungen mit wirtschaftlichen Erfolgen deutscher Unternehmer um die Wende zum 20. Jahrhundert im Zarenreich und zum Beginn wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit dem unnahbar-aufregenden Nachbarn im Osten. Die schillernde Biografie des Ostforschers Klaus Mehnert – mit diesen Kapitalerfahrungen im Zarenreich aufgewachsen – wird zur Identifikationsfigur der Analyse. Er setzte sich mit Russland respektive der Sowjetunion im Studium auseinander und wurde Mitbegründer einer deutschen Osteuropa-Forschung, die sich zunächst erfolgreich den Nazis andiente. Es verschlug ihn an die Front und schließlich in ein ungewolltes chinesisches Exil und beförderte ihn in der frühen Bundesrepublik zum wissenschaftlich-publizistischen Erklärer der fremden Völker im Osten. Denn nun „hatte Ostforschung wieder Konjunk-

tur. Gerade in Zeiten des Kalten Kriegs und der deutschen Teilung war diese Expertise gefragter denn je.“ (21) Mit Mehnert und dem gewählten Ansatz der frühen wirtschaftlichen Verknüpfungen beider Staaten wird das ganze Dilemma, allerdings auch die wie auch immer auszugestaltende Chance deutsch-russischer Beziehungen deutlich: Russland/Sowjetunion als Rivale wie notwendiger Partner deutscher Wirtschaftsinteressen im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert.

Ausführlich wird die wechselvolle, seit 1914 kriegerische Geschichte beider Staaten geschildert. Der „unbekannte“ Ersten Weltkrieg im Osten wird mit aller Konsequenz, mit den ersten deutschen Kriegsverbrechen – der wirtschaftlichen Ausbeutung der eroberten Ostgebiete – plastisch, vieles war vorweggenommen, was der Faschismus in nächsten Weltkrieg praktizierte.

Creuzberger ist fasziniert vom Eingriff des Kaiserreichs in die Innenpolitik des russischen Gegners, was allerdings längerfristig das Gegenteil vom dem erreichte, was des Kaisers Diplomatie und Geheimdienste erhofften. Die „Revolutionierung“ der Kriegsgegner, ihre nationalistische und revolutionäre Zersetzung sollten zur „Geheimwaffe“ werden. Was gegen die Angelsachsen nicht half, hatte im Osten Erfolg, auch wenn der Autor mehr auf die Unterstützung der Bolschewiki schaut als auf die Stärkung der Nationalismen vor allem im Westen des Russischen Imperiums. Sichtlich imponiert ihm, dass Lenin zur „Geheimwaffe der Deutschen“ (64) mutierte und den Austritt seines Landes aus dem Weltkrieg einleitete.

Die holprigen Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und der Sowjetrussland aufgezwungene Raubfriede sind dennoch für ihn ein Wendepunkt der Geschichte, der den Sowjetstaat zum weltpolitischen Akteur qualifizierte. Denn „hier bahnte sich ein grundlegender Wandel an, der im Wesentlichen auf das neue Denken der neuen Machthaber in Petrograd zurückging. Sie gestalteten die internationalen Beziehungen in einer bis dahin ungewohnten Zweigleisigkeit.“ (78) Zusammenarbeit, die Suche nach gemeinsamen Interessen und Arbeitsgebieten, gleichzeitig eine neue Rivalität potentieller Großmächte standen nun auf der Tagesordnung. Auch wenn Creuzberger eher die Großmachtpotentiale Moskaus im Blick hat verdeutlicht gerade seine Blick auf die 1920er Jahre die neue, sozialistische, revolutionäre Herausforderung, die aus dem Osten kam. Nicht mehr nur zwischenstaatliche Konfrontation, sondern unmittelbarer Eingriff in die inneren Klassenkämpfe, aus sowjetischer Sicht die Vorbereitung der Revolution und aus deutscher Sicht die unbedingte Bewahrung der konterrevolutionären Option.

Gerade darum misst der Autor dem Vertragswerk von Rapallo 1922 eine solche Bedeutung bei, die die staatliche, wirtschaftliche und verdeckte militärische wie Rüstungs-Zusammenarbeit auf eine neue Ebene hob. Immerhin „fanden die beiden damaligen Parias des internationalen Mächtesystems 1922 zusammen. Sie nahmen diplomatische Beziehungen auf, was Signalfunktion hatte: Erstmals wurde das weitgehend geächtete Sowjetregime von einem westlich-kapitalistischen Staat anerkannt. Weitere Länder soll-

ten diesem Beispiel bald folgen.“ (507)

Gleichzeitig konstatiert er aber den nicht nur für ihn wesentlichen Schwachpunkt der Entscheidung der Reichsregierung – eine Politik gegen die Interessen des Westens und sicher – nicht mit seinen Worten – auch die klassenmäßigen Interessen der deutschen Bourgeoisie. Eine vermeintliche „Schaukelpolitik“ musste Deutschland immer wieder in die Nähe Moskaus und in Distanz zu den wesensverwandten westlichen Mächten bringen. Ein Vorwurf, den die ganze deutsch Ostpolitik auch nach 1945 durchzieht, egal, ob Adenauer 1955 mit Moskau diplomatische Beziehungen aufnahm und Kriegsgefangene „heimholt“, wie es damals hieß, oder Willy Brandt mit seiner Neuen Ostpolitik und dem Moskauer Vertrag 1970 Chancen einer Politik der friedlichen Koexistenz eröffnete oder Kohl 1989/90 mit Moskau Eckpunkte der Herstellung der deutschen Einheit aushandelte oder spätere Bundesregierungen von Schröder oder Merkel ein Auskommen mit Russland suchten.

Creuzberger spart nicht den Umschlag der deutsch-sowjetischen Beziehungen ab 1933 aus, genauso wenig die überraschende Wendung 1939 zu einem Nichtangriffsvertrag zwischen Moskau und Berlin am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, natürlich als Werk der beiden „totalitären Regime“. Er zeigt die Brutalität des deutschen Überfalls 1941, die Vernichtungspolitik in den besetzten Gebieten und die Niederlage Hitlers, nicht zuletzt unter den Schlägen der Roten Armee.

Sein besonderer Blick liegt auf den

Nachkriegsbeziehungen Deutschlands zur Sowjetunion. „Auch in der post-stalinistischen Periode und während des deutschen Vereinigungsprozesses 1989/90 zeigte sich, wie stark das deutsch-sowjetische Verhältnis auf die damalige bipolare Welt des Kalten Krieges gewirkt hat.“ (26) Hier lässt er keinen Zweifel, dieses Deutschland ist für ihn Westdeutschland, die Bundesrepublik. Die DDR spielt als Satellitenstaat, als „Kriegstrophäe“ und gelegentliches Element einer spezifischen Dreiecksbeziehungen, er spricht vom einem „trilateralen Verlauf“ der Beziehungen Bonn-Moskau-Berlin, eine nur untergeordnete Rolle. Die Besonderheiten, Erfolge wie Emotionen einer keineswegs unproblematischen Beziehung der DDR und eines Großteils ihrer Bürger – aus Überzeugung, Pragmatismus oder Opportunismus, ihr tätiges Mitwirken an gemeinsamen Wirtschaftsprojekten, ihre alltägliche Zusammenarbeit als Studenten in der Sowjetunion und als Wissenschaftler oder Funktionäre in gemeinsamen Strukturen sind eine unbewusste oder bewusste Fehlstelle dieses Buches. Dann hätte er sich allerdings dem Realsozialismus in dieser DDR und seiner Wechselwirkung mit dem sowjetischen Modell, seiner positiven Wirkungen und Ideale, seinen Deformationen und Missgriffen in ihrer Komplexität stellen müssen.

Am Vorabend des Ukraine-Kriegs, den Kreuzberger nicht prognostiziert, aber auch nicht in der einen oder anderen Form ausschloss, bekannte er sich zu kritischer Offenheit gegenüber Moskau. „Die Entwicklung zwingt vielmehr dazu, sich bewusst auf die Frage des Verstehens einzulassen, ohne dies zwangsläufig mit Billigung

gleichzusetzen. Um Moskaus gegenwärtiges Verhalten gegenüber der Bundesrepublik und dem Westen begreifbarer zu machen, sollten die Motivlage, die Antriebsmomente, Erfahrungen, Prägungen und Befindlichkeiten der Kremelführung, aber auch der russischen Bevölkerung ergründet werden, die nach dem immer noch als schmerzhaft empfundenen Verlust des einstigen Imperiums und des Supermacht-Status in der Politik Putins auch einen gerechten Ausgleich, eine willkommene Kompensation sieht.“ (24) Das Buch liefert hier viel Material, geizt nicht mit Wertungen, die der Leser nicht teilen muss, spart manches aus. Die Erinnerung an die altbundesdeutschen Diskussionen und Ressentiments ist wohl präsenter als am Tag des Manuskriptschlusses zu ahnen war: „Antikommunismus und ‚Russenfurcht‘“ (120) bestimmen bis heute die Politik.

Stefan Bollinger

Anti-Kriegs-Proteste am Ende des I. Weltkrieges

Marcel Bois, Frank Jacob (Hrsg.): Zeiten des Aufruhrs (1916–21). Globale Proteste, Streiks und Revolutionen gegen den Ersten Weltkrieg und seine Auswirkungen, Metropol Verlag, Berlin 2020, 522 Seiten, 34,00 Euro.

Die Herausgeber wollen den internationalen Kontext der deutschen Novemberrevolution beleuchten. Sie beklagen, dass der Blick nur selten über die nationale Ebene hinausgehe. Der vorliegende Sammelband soll einen Beitrag dazu leisten, diese Lücke zu schließen. Denn es gab eine Vielzahl

von Protesten – von Arbeiterprotesten und Marinemeutereien über nationale Unabhängigkeitsbewegungen bis hin zu einem ersten Aufschwung antikononialer Kämpfe.

All diese Proteste standen zum einen durch den Krieg in einem internationalen Zusammenhang, zum anderen bezogen sie sich teilweise aufeinander – insbesondere die erfolgreiche Russische Revolution von 1917 war ein gemeinsamer Bezugspunkt für viele Proteste. 1916 begannen die im Sammelband untersuchten Bewegungen mit dem irischen Osteraufstand, dem Aufstand von westarabischen Beduinenstämmen gegen die osmanische Vorherrschaft und dem „Steppenaufstand“ in den zentralasiatischen Regionen des Zarenreichs. Richtete sich letzterer gegen die Einberufung von Turkestanern zum Frontdienst, hofften die irischen Aufständischen auf Hilfe von den Kriegsgegnern der Briten, die arabischen auf Hilfe von den Gegnern des osmanischen Reiches.

In anderen Teilen der Welt wurden bestehende Probleme – Hunger, Wohnungsknappheit etc. – durch den Krieg entweder verschärft oder erst geschaffen.

Im ersten Teil, „Transnationale und vergleichende Perspektiven“, werden Anti-Kriegs-Proteste in Deutschland und Österreich verglichen und sowohl die Arbeiterproteste in den neutralen Ländern Niederlande und Schweiz als auch in verschiedenen Ländern Lateinamerikas in den Kontext des Kriegs gestellt. Außerdem wird die Rolle von Matrosen in verschiedenen Bewegungen von 1905 bis 1921 beleuchtet.

In Lateinamerika verschlechterte sich

die Versorgungslage während des Krieges – auch in neutralen Ländern, die viele Güter für die Versorgung kriegführender Staaten exportierten. Die Versorgungslage war auch in Deutschland und Österreich für eine zunehmende Protestbereitschaft verantwortlich – von spontanen Hungerunruhen, bei denen oft Frauen eine tragende Rolle spielten, bis zu den Massenstreiks von 1917/18. In Österreich wurde die Notlage, anders als in Deutschland, durch den vor dem Krieg bereits einsetzenden Zuzug von Arbeitsmigrant*innen und die Flüchtlinge aus umkämpften Gebieten verschärft. In den neutralen Staaten Schweiz und Niederlande führten militaristische Aufmärsche und die verbreitete Revolutionsangst der Bourgeoisie dazu, dass die Arbeiterbewegung mit großen Protesten reagierte – anders als von ihrem linken Flügel erhofft, kam es jedoch nicht zu einer radikalen Veränderung der Machtverhältnisse.

Knut-Hinrik Kollex relativiert die Vorstellung, Matrosen hätten im 20. Jahrhundert generell die Rolle einer revolutionären Avantgarde gespielt – so wurde zwar die deutsche Novemberrevolution von Kieler Matrosen angestoßen, aber schnell übernahmen auch in Kiel MSPD und USPD die Kontrolle. Zur Geschichte der Matrosenrevolten gehört auch das Ende der portugiesischen Monarchie 1910 – die an der Erkämpfung der Republik beteiligten Matrosen stammten aus privilegierten Schichten und nahmen Anstoß an der außenpolitischen und finanziellen Schwäche der Monarchie.

Im zweiten Teil über nationale und antikoloniale Unabhängigkeitsbewegungen werden China, Finnland,

Ägypten und Irland beleuchtet. China hatte während des Kriegs unter japanischem Expansionismus zu leiden, was nach dem Krieg sowohl nationalistischen Protesten als auch der Entwicklung der KP Auftrieb gab. Finnland wurde durch die Russische Revolution unabhängig und litt anschließend unter Kämpfen zwischen „Roten“ und „Weißen“. Die Unabhängigkeitsbewegung in Ägypten wuchs, weil dieses Land 1914 zu Kriegsbeginn in ein britisches Protektorat verwandelt worden war. Und die irische Unabhängigkeitsbewegung, in der Frauen eine wichtige Rolle spielten, entzündete sich an der Ausdehnung der Wehrpflicht auf Irland.

Teil drei des Buches behandelt Streiks und Antikriegsproteste. Reiner Tosstorff beschäftigt sich mit der Situation in Barcelona von 1917 bis 1923 – Katalonien als industrielles Zentrum Spaniens profitierte besonders von der Belieferung beider Kriegsparteien, während Spanien militärisch neutral blieb. Die Produktion für den Export führte jedoch zu Warenverknappung und Inflation, die nicht durch entsprechende Lohnerhöhungen ausgeglichen wurde. Dies führte zu einer Streikwelle und einem Aufschwung der anarchistischen Gewerkschaft CNT, worauf die Unternehmer mit Attentaten durch von ihnen bezahlten bewaffneten Banden antworteten. Ein weiterer Artikel befasst sich mit britischen Gefängnisrevolten von 1913 bis 1921 – ein eher selten beleuchtetes Thema. Die Zahl der Hungerstreiks von Gefängnisinsass*innen nahm in dieser Zeit zu – angestoßen durch das Vorbild politischer Häftlinge (Suffragetten, irische Unabhängigkeitskämpfer*innen etc.)

und erleichtert durch Gefängnisreformen, die die Kommunikation unter den zuvor stark voneinander isolierten Häftlingen erleichterten. Das Ziel war oft die Verbesserung der Haftbedingungen, etwa der Ernährung, die unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft eine noch dringlichere Frage wurde als zuvor. In Österreich war unter dem Eindruck des Hungerwinters 1916/17 und der russischen Februarrevolution die Burgfriedenspolitik nicht mehr haltbar – ab Januar 1917 setzte eine neue Streikwelle ein. Auch die Sozialdemokratie musste dem Rätegedanken Zugeständnisse machen. Letzten Endes scheiterte die Bewegung aber an geringer Zielklarheit und dem Fehlen einer revolutionären Organisation. Bürgerlich-demokratische Verhältnisse wurden jedoch durchgesetzt. Auf Japan hatte der Krieg enorme ökonomische Auswirkungen – die Produktion für kriegführende Länder und für Märkte, aus denen diese sich zurückzogen, führte zu einer rasanten Urbanisierung, die mit enormer sozialer Ungleichheit einherging. Sozialistische und kommunistische Organisationen erhielten Zulauf, traditionelle Geschlechterrollen wurden infrage gestellt. Die spontanen Proteste konnten jedoch auch hier niedergeschlagen werden.

Der letzte Teil des Sammelbandes beschäftigt sich zum einen mit internationalistischen Akteuren, nämlich der syndikalistischen Bewegung, die an der Ablehnung von Burgfrieden und Nationalismus festhielt, und dem Weltverband Poale Zion (Arbeiter Zions), der jüdisch-nationale und sozialistische Ziele vereinte; zum anderen werden konterrevolutionäre Akteure vorgestellt, nämlich der südafrika-

nisch-britische Politiker Jan Smuts, dessen Hauptsorge der „Kampf gegen den Bolschewismus“ war, sowie deutsche und österreichische Akademiker, die die Reihen der rechten Freikorps füllten. Deutlich wird, dass es nicht immer eine klare Grenze zwischen progressiven und reaktionären Bewegungen gab – so kam es insbesondere in Polen zum Bruch zwischen revoltierenden Arbeiter*innen und Poale Zion, weil etwa Hungerrevolten vielerorts in antisemitische Ausschreitungen umschlugen.

Es handelt sich hier zweifellos um einen sehr verdienstvollen Sammelband – er vereint eine ganze Reihe von sehr informativen Artikeln über gewöhnlich unterbelichtete Aspekte der Protestwelle am Ende des Ersten Weltkriegs. Länder werden vorgestellt, über die weniger Wissen verbreitet ist, als über Russland und Deutschland, die Rolle von Frauen oder Arbeitsmigrant*innen wird einbezogen, weitgehend unbekannte Bewegungen wie die britischen Gefängnisrevolten werden ebenso analysiert wie Ideologie und soziale Herkunft konterrevolutionärer, teilweise präfaschistischer Akteure.

Der Sammelband müsste jedoch ein Anstoß sein, diese Zeit nicht nur empirisch, sondern auch theoretisch aufzuarbeiten und zu einer Gesamtdeutung zu kommen. Zwei große Fragenkomplexe wären hier interessant: Zum einen geht ja aus mehreren Länder- und Regionalstudien (Spanien, Lateinamerika, Japan) die Bedeutung der weltweiten Arbeitsteilung für die Entstehung von Protesten hervor. Können z.B. Dependenz- und Weltsystemtheorie weiterhelfen, diese Zeit zu begreifen? Zum anderen führt vor allem der

Hinweis auf antisemitische Ausschreitungen im Beitrag zu Poale Zion zur Frage, ob die Revolution damals tatsächlich ausblieb, weil revolutionäre Organisationen fehlten (wie im Beitrag zu Österreich behauptet) oder weil ein erheblicher Teil der Arbeiter*innen einfach alles andere als revolutionär war bzw. die Arbeiterklasse einfach auf vielfache Weise gespalten war. Welches Erklärungspotential hat hier die klassische Theorie des autoritären Charakters? Welche Rolle spielten Spaltungslinien wie Geschlecht, Migration etc.? Wo waren die Räte stark und wo nicht – gab es hier z.B. Unterschiede zwischen männer- und frauendominierten Branchen etc.?

Leider erweist der letzte Artikel des Bandes, verfasst von Martin Platt, der notwendigen Debatte um solche Fragen einen schlechten Dienst. Er vertritt hier die Auffassung, die Rede von der gescheiterten deutschen Revolution sei nichts anderes als Realitätsverweigerung – damit werde ein Spielraum unterstellt, den es in Deutschland nach dem verlorenen Krieg gar nicht gab. Nicht aus einer gescheiterten Revolution seien damals in Deutschland schlechte Lebensverhältnisse hervorgegangen, sondern aus der Forderung der Entente-Länder, die Zeche für einen verlorenen Krieg zu zahlen. Das ist eine wenig überzeugende Argumentation, denn revolutionäre Veränderungen in Deutschland hätten ja sehr wahrscheinlich Solidaritätsbewegungen auch bei der Arbeiterklasse der Entente-Länder angestoßen und so die Last des Versailler Vertrags verringert. Dies ist kein überzeugender Beitrag zur Frage, warum es in dieser Zeit nicht gelang,

dem 20. Jahrhundert eine emanzipatorische Wendung zu geben. Umso dringender ist weitere Forschung dazu.

Heiko Bolldorf

Die Entfesselung des 2. Weltkrieges

Stefan Bollinger: 1939 Wie der Krieg gemacht wurde ... und Deutschland die Welt in den Abgrund stürzen durfte (= Kleine Bibliothek 264), Papy-Rossa Verlag, Köln 2022, 248 S., 16,90 Euro.

Noch ein Buch über den Zweiten Weltkrieg? Wozu das? Weil der Diskurs um die Ursachen dieses schlimmsten aller Kriege und um Schuldzuweisungen nicht nur weiterhin im Gange ist, sondern im Gefolge politisch motivierter Umdeutungen neu belebt wurde. So bietet Bollingers Buch kaum bisher unbekannte Tatsachen, wohl aber bedenkenswerte Interpretationen der Geschehnisse, Interessen und der diese transportierenden Ideologien – allerdings im Wesentlichen beschränkt auf die europäischen Staaten. Aus einem umfangreichen Reservoir an in- und ausländischer Literatur schöpft er eine Fülle von Fakten, die seine Thesen stützen oder mit deren Deutungen er sich auseinandersetzt. Im Unterschied zu manch anderen Autoren bedient er sich dabei auch angemessen der in der DDR erzielten Forschungsergebnisse.

Seine Darstellung setzt mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939 ein. Er erfolgt ohne Kriegserklärung, begleitet von einem Bündel an fadenscheinigen rechtfertigenden Lügen, kulminierend

in dem dilettantisch inszenierten Überfall auf den Sender Gleiwitz. Die Armeen des faschistischen Deutschen Reiches trafen auf einen sich im patriotischen Eifer überschätzenden, ungenügend vorbereiteten, von den Westmächten im Stich gelassenen Gegner. Der Autor verweist auf eine bezeichnende Parallele zur gegenwärtigen russischen Propaganda. Es ergingen von deutscher Seite Weisungen zunächst nicht von Krieg zu sprechen, sondern lediglich von „Kampfhandlungen“ (9, Fußnote 6).

Nach diesem Einstieg erläutert der Autor sein eigentliches Anliegen. Er will nicht nur ein Bild der Geschehnisse zeichnen, sondern sich zu den andauernden Interpretationen und Uminterpretationen des Zweiten Weltkrieges positionieren und so manche von unterschiedlicher Seite und zu unterschiedlichen Zeiten in die Welt gesetzte Erzählungen infrage stellen. Ihn bewegt vor allem das Problem, wie wurde ein solcher Krieg möglich, und war er vermeidbar? Das richtet sich vorzugsweise gegen die vereinfachende Formel von „Hitlers Krieg“, vorbereitet durch ein Komplott mit Stalin.

Doch kein Mensch kann allein, mit welchen Motiven auch immer, einen Krieg auslösen, es sei denn, er findet die dazu erforderlichen Bedingungen vor und agiert als Vollstrecker jener Kräfte, die Interesse an Veränderungen der politischen Landkarte haben, die mit friedlichen Mitteln nicht zu erreichen sind. Und das war bei den deutschen Eliten in Politik, Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in beträchtlichem Maße der Fall, mit entsprechenden Auswirkungen auf die ihrem Einfluss unterliegenden Teile der

Bevölkerung. Bollinger geht so weit, dass er das zweite Kapitel seines Buches mit der Überschrift versieht: „Weltkrieg 2 – ein deutsches Elitenprojekt“. Das Projekt eines Revanchekrieges verfolgten sie gewiss, und das beschwor objektiv die Gefahr eines Weltkrieges herauf. Aber wurde diese Gefahr von ihnen nicht unterschätzt?

Das alles ereignet sich in einer weltpolitischen Situation, in der führende Kreise der Westmächte nicht im Faschismus, sondern im Staat gewordenen Kommunismus der UdSSR die Hauptgefahr für die Existenz des kapitalistischen Systems sahen und wähten, sie könnten die Stoßrichtung deutscher Revanchepolitik einseitig gen Osten lenken. Dieses eskalierende Konfliktpotential erläutert Bollinger anhand des Inhalts und der Umsetzung des Versailler Vertrages, des zwiespältigen Charakters der Verträge von Rapallo und Locarno und den Veränderungen der inneren Kräfteverhältnisse in den Staaten Europas. Den anlässlich des Jahrestages seiner Ermordung viel gelobten Gustav Stresemann sieht Bollinger kritischer, als Vertreter einer besonneneren Variante imperialer deutscher Macht- und Außenpolitik, die einen Ausgleich im Westen suchte, sich im Osten aber alle Optionen – auch kriegerische – zur Revision der deutschen Grenzen offenhielt.

Im dritten Kapitel fragt der Autor nach „Wegen und Irrwegen der Kriegsverhinderung“. Er gibt zu bedenken, dass der 1. September als Beginn des Zweiten Weltkrieges nicht unumstritten ist und verweist auf den japanisch-chinesischen Krieg, auf die italienischen Eroberungsfeldzüge in Nordafrika und auf die deutsch-italienische Intervention gegen die

Republik Spanien. Er warnt vor jenen Autoren, die die westliche Appeasementpolitik zu unkritisch bewerten.

In diesem Zusammenhang befasst sich Bollinger mit Hitlers Friedensavancen in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre, mit denen er – nach seinen eigenen späteren Eingeständnissen – nur auf Zeitgewinn aus war, um Deutschland aufzurüsten, um die Kriegsfurcht großer Teile der Bevölkerung zu besänftigen und in Kriegsbereitschaft zu wandeln. Als er mit Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes, Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, Anschluss des Saargebietes, „Heimholung“ Österreichs in das nun „Großdeutsche Reich“, Einmarsch in das Sudetengebiet Schritt für Schritt die Bestimmungen des Versailler Vertrag unterließ, ließen ihn die Westmächte gewähren. Erst die selbst das Münchener Abkommen ignorierende Verwandlung der Tschechischen Republik in ein deutsches Protektorat erweckten ernstere Besorgnisse in Großbritannien und Frankreich. Diese erbrachten jedoch von westlicher Seite nur halbherzig geführte Verhandlungen über einen Beistandsvertrag mit der Sowjetunion gegen eine absehbare deutsche Aggression. Doch Hitler, seine Militärs und Wirtschaftsführer wollten endlich losschlagen, setzten sie doch auf einen Rüstungsvorsprung, der nur wenige Jahre andauern würde und konnten sie sich doch nun auf die Arsenale und Ressourcen der „Ostmark“ und des Protektorats Böhmen und Mähren stützen.

Im Folgenden geht der Autor auf den deutsch-sowjetischen Deal ein. Insofern es sich um einen Nichtangriffspakt handelte, ist das sowjetische

Handeln noch nachvollziehbar. Die Verhandlungen mit den Westmächten staken in der Sackgasse und ließen keinen ernststen Willen der Briten und Franzosen zur Schaffung einer Anti-Hitler-Koalition erkennen. Auch die UdSSR wollte einen Zweifrontenkrieg vermeiden, den sie angesichts der japanischen Aggression am Chalchin Gol befürchten musste. Gleichwohl stellt Bollinger fest, „dass es hier auch um Weichenstellungen für einen Weltkrieg ging“ (173). Auf die kommunistischen Parteien und das gesamte antifaschistische Lager wirkten indes der zusätzlich abgeschlossene Freundschaftsvertrag und die zunächst geheim gehaltenen, nach dem deutschen Überfall auf Polen in die Praxis umgesetzten Zusatzprotokolle, die einen eklatanten Bruch des Völkerrechts darstellten, verheerend. Stalin, der einen Krieg für unausweichlich hielt, erreichte zwar einen Zeitgewinn für die eigenen Kriegsvorbereitungen; aber sein Kalkül, man könne als lachender Dritter aus einem innerimperialistischen Krieg nachhaltig politischen Profit ziehen, erwies sich als folgenschwerer Irrtum. Das wird von Bollinger anschaulich geschildert und belegt.

Im Schlussteil des Buches geht der Autor auf die Kriegführung der beteiligten Staaten ein. Es war in erster Linie Deutschland, das den Kampfhandlungen im Osten den Charakter eines Vernichtungskrieges verlieh. Hier stellt Bollinger mehrfach Bezüge zum Missbrauch von Geschichte im neuen Kalten Krieg her. Er setzt sich auseinander mit der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019, die den „Hitler-Stalin-Pakt“ zu der Ursache und zum Auslöser des Zweiten Weltkrieges erklärt hat

und einen komplexen Blick auf die durch die Feindschaft der kapitalistischen Welt gegenüber der Sowjetunion geprägte Zwischenkriegszeit vermissen lässt. Zudem kritisiert er die Geschichts- und Erinnerungspolitik jener osteuropäischen Staaten, die den autoritären, teils faschistoiden Charakter ihrer Regime in der Vorkriegsperiode schönreden und die Tatsache verleugnen, dass in ihren Ländern ausgangs des Zweiten Weltkrieges ein mehr oder weniger starker Linksruck einsetzte und die revolutionären Veränderungen von beträchtlichen Teilen der Bevölkerung zunächst mitgetragen oder engagiert mitvollzogen wurden.

Im Anhang dieser Publikation findet der Leser eine Zusammenstellung wichtiger Daten, ein Personenverzeichnis, das nicht die Seitenzahlen ihrer Erwähnung angibt, sondern zusätzliche biografische Informationen anbietet, ein Abkürzungsverzeichnis und eine Auswahl weiterführender deutschsprachiger Literatur.

Über die Gewichtung einzelner Tatsachen, die Bewertung mancher Positionen historischer Akteure wird sich diskutieren lassen. Hin und wieder scheint mir der Autor etwas zu viel Verständnis für die sowjetischen Positionen aufzubringen. Aber im Ganzen halte ich seine Analyse und Polemik für stimmig. Was das Buch auszeichnet, ist seine facettenreiche, von beeindruckender Belesenheit zeugende, umfassende Herangehensweise an den Gegenstand seiner Untersuchung. Hier sind viele in der Literatur vorliegende Forschungserträge zu einer erneut an Aktualität gewinnenden Thematik zusammengeführt worden.

Günter Benser

DIE LINKE: Die ersten zwei Jahre

Jochen Weichold: Der Aufstieg der neuen Partei DIE LINKE. Die Anfangsjahre der Partei DIE LINKE von 2007 bis 2009, Manuskripte Neue Folge, Band 33, Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin 2022, 192 Seiten, [PDF: <https://www.rosalux.de/publikation/id/46629>].

Im September 2009 erzielt die Partei DIE LINKE auf Bundesebene das beste Ergebnis ihrer Geschichte, mit 11,9 Prozent der Stimmen zieht sie in den Bundestag ein, bei den Bundestagswahlen 2005 waren es noch 8,7 Prozent gewesen. Jochen Weichold, bis 2015 Leiter des Archiv Demokratischer Sozialismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung, beschreibt in seiner Publikation vor allem die Entwicklung der Partei in den Jahren 2007 bis 2009. Im Juni 2007 hatten 800 Delegierte aus Linkspartei.PDS und WASG die LINKE gegründet. Diese Fusion erfolgte in einer historischen Situation, in der sich die SPD (in der Post-Schröder Ära mit Müntefering und Steinmeier) in einer Krise befand und sich viele von ihr abwandten, und die PDS trotzdem im Westen keine Erfolge erzielen konnte. Zur Erinnerung: Selbst bei der Landtagswahl 2005 in Nordrhein-Westfalen hatte die WASG nur 2,2 und die PDS 0,9 Prozent erzielt. Der PDS wurde klar, dass die WASG im Westen stärker war, aber der WASG auch klar, dass sie nicht stark genug war, alleine eine Chance zu haben. Und dann brachte die Neuwahlankündigung am NRW-Wahlabend (Müntefering, Schröder) die WASG und PDS unter Zeitdruck und zur Einigung.

Weichold beschreibt, auch in Beru-

fung auf Benjamin Hoff, die WASG als Sammelbecken vorrangig an Protest interessierter AkteurInnen, während die PDS in vielen Regionen in den neuen Ländern damals Volkspartei und vor allem an Mitgestaltung interessiert gewesen sei.

Weichold schildert ausführlich die innerparteilichen Debatten, meist aus Anlass von Parteitag – etwa Cottbus 2008 – oder grundlegenden programmatischen Dokumenten. Hier reicht der Bogen von der Haltung zu Europa über die Frage der Regierungsbeteiligung oder die Position zur NATO bis zur Familien- und Sozialpolitik, um nur einige Beispiele zu nennen. Weichold würdigt auch die in der Euphorie des Aufbruchs neu- oder umgegründeten Strömungen in der LINKEN (35-41), fasst wichtige Dokumente zusammen, etwa die berühmten „Programmatischen Eckpunkte“, die bis 2009 die Grundlage der Partei bilden (sollten).

Das Ende der (alten) PDS markiert Weichold mit dem Europa-Parteitag in Essen im Februar 2009 (78). Im Juni 2009 findet dann bereits der Parteitag zur Bundestagswahl statt. Zu diesem Zeitpunkt hat die LINKE 75.000 Mitglieder und z.B. allein 181 Landtagsabgeordnete (heute 60.600 und 139). Früh schon warnen Stimmen, dass offen sei, welche Wirkung es auf die LINKE habe, wenn die SPD wieder in der Opposition sei, was 2009 dann ja geschieht, wenngleich nur für vier Jahre (seit 1998 hat die SPD fast 20 von 24 Jahren im Bund mitregiert). Dass Protest eben nicht ausreicht zeigen die Umfragen unter den WählerInnen der LINKEN eindeutig. Ebenfalls sehr wichtig, wenn nicht unabdingbar ist Interessendurchsetzung.

Die Partei ist auch schon in dieser Periode durch die Spannung zwischen Protest und sachpolitisch orientierter Gestaltung geprägt und hat Schwierigkeiten damit umzugehen. Bereits 2010 ändern sich dann die erwähnten Rahmenbedingungen, die SPD ist in der Opposition, und es gelingt der LINKEN, so Weichold in seinem Fazit (119-123) nicht, sich selbst eine Funktionsbestimmung zu geben, die über eine Besetzung der Fehlstellen anderer Parteien hinausgeht. Ab 2013 macht die AfD der LINKE ihre Sonderrolle in den neuen Bundesländern streitig.

Ein Drittel des Umfangs des Buches sind Tabellen, Personalien, die Literaturangaben und nicht zuletzt die 631 Fußnoten. Sehr hilfreich sind auch die vielen Informationen zur Zusammensetzung der WählerInnen (incl. Wählerwanderungen), und zu deren Erwartungen an die LINKE. Handelnde sind in dem Buch in der Regel Männer; zumindest fällt das deutliche Übergewicht von Männern, trotz Quotierung innerhalb der Partei, im Rahmen der Studie auf.

Weichold bietet nüchterne Beschreibungen und Sachinformationen, darunter sehr viele nützliche Zahlen. Er hat auch mit anderen seiner Publikationen immer solide, faktenreiche, gründliche Arbeiten vorgelegt, die allein deswegen schon wichtige Beiträge zur Parteigeschichte sind. Dass sich die LINKE nicht von einer anti-neoliberalen Sammlungsbewegung zu einer *neuen* demokratisch-sozialistischen Partei entwickeln konnte, das vermag allerdings auch er nur zu konstatieren (123), erklären kann er es nicht. Weichold zitiert Gregor Gysi, der

2008 gesagt hatte, eine neue Partei entstehe erst, wenn die Menschen aus den beiden Gründungsparteien sich gegenseitig verändern würden (62). Dies ist nicht wirklich geschehen, noch verheerender ist es, zumindest aus heutiger Sicht, dass die LINKE in den letzten Jahren auf vielen Ebenen den Generationenwechsel nicht wirklich organisieren konnte.

Bernd Hüttner

Die AfD im Bundestag

Gerd Wiegel: Brandreden. Die AfD im Bundestag, PapyRossa Verlag, Köln 2022, 220 S., 16,90 Euro.

Eine verdienstvolle Arbeit hat Gerd Wiegel mit dem Buch „Brandreden. Die AfD im Bundestag“ vorgelegt. Auf über 200 Seiten zeichnet er von 2017 bis 2021 – Sitzungswoche für Sitzungswoche – das Agieren der rechtsradikalen Partei im Bundestag nach und belegt ein weiteres Mal deren rassistische und antidemokratische Programmatik und Agieren. Ihre Sozial- und Wirtschaftspolitik vertrete ökonomische Interessen der Oberen und nicht der „Kleinen Leute“. Zudem weist Wiegel darauf hin, dass die Partei gerade wegen und nicht trotz ihres rechtsradikalen Charakters gewählt wird.

Neben einem dokumentarischen Part, der den größten Teil des Buchs umfasst und die politischen Schwerpunkte der AfD im Bundestag im Zeitverlauf nachzeichnet, analysiert Wiegel die Entwicklung der Partei und wirft abschließend einen Blick auf deren mögliche Entwicklung.

Wiegel bezeichnet die Auftritte der rechtsradikalen Abgeordneten im

Bundestag als „Brandreden“. Tausendfach im Internet geteilt, lieferten sie „ideologische Rechtfertigung und Motivation für diejenigen (...), die die Redner und Rednerinnen beim Wort nehmen.“ (12) Durch den Einzug der Partei in das Parlament gebe es einen „deutlich veränderte(n) Tonfall im Bundestag“ (16) Wiegel schreibt, die AfD habe es „geschafft, in kürzester Zeit auf allen parlamentarischen Ebenen der Bundesrepublik vertreten zu sein, die Parlamente für die Verbreitung ihrer Ansichten zu nutzen und gleichzeitig von den dort zur Verfügung stehenden Ressourcen zu profitieren“ (200). Ihr sei eine schnelle Professionalisierung der parlamentarischen Arbeit gelungen und sie setze mehr auf Außenwirkung ihrer Arbeit statt auf Debatte und Austausch im Parlament. Wiegel betont, dass mit dem Aufstieg der AfD in der Bundesrepublik nun jene Entwicklung nachgeholt worden sei, die in anderen europäischen Ländern bereits viel früher stattfand, nämlich die Etablierung einer rechtsradikalen Wahlpartei. Im Gegensatz zu früheren, im Ergebnis nur temporär erfolgreichen, offen nationalsozialistisch oder neofaschistisch Parteien sei die AfD eine „Partei der modernisierten radikalen Rechten“ (8). Teils habe sie in manchen Regionen Ostdeutschlands inzwischen den Charakter einer „Volkspartei“ (105). Wiegel weist zudem darauf hin, dass es ihr gelungen sei, eine „Stammwählerschaft herauszubilden, die sich von keiner weiteren Faschisierung der AfD wird abschrecken lassen“ (9). Der wichtige Hinweis macht klar, dass es sich bei der Partei eben nicht um eine „Protestpartei“ mit fluktuierenden Wähler*innen handelt,

die zum Beispiel durch populäre Ansprache auch von anderen politischen Richtungen angesprochen werden könnten. Denn die Partei werde nicht trotz ihres offenen Rassismus und ihres offenkundig rechtsradikalen Charakters gewählt, sondern genau deswegen: „Mit Blick auf die Bundestagswahl wusste jeder Wähler und jede Wählerin, was von der AfD zu erwarten ist“ (156).

Wiegel zeigt, dass der parlamentarische Betrieb die AfD nicht zu Anpassung oder Mäßigung gezwungen hat. Vielmehr gelte: „Die AfD hat sich von Anfang an in eine Radikalisierungsspirale begeben, in der sie sich im zeitlichen Verlauf immer weiter von allen anderen Fraktionen des Bundestags entfernte.“ (17). Dennoch – und auch das ist wiederholt Thema im Wiegels Monitoring der Parlamentspraxis der AfD – finden sich immer wieder Wahlen von zum Beispiel Ausschussmitgliedern mit Stimmen anderer Parteien oder gemeinsames Stimmverhalten von den Rechtsradikalen bei Anträgen demokratischer Parteien (hier v.a. von CDU / CSU und FDP). Die offenkundige Radikalisierung wird also weiterhin von Teilen der Politik ignoriert und durch Einbindung und Normalisierung noch belohnt.

Zurecht kritisiert Wiegel, dass in der journalistischen und wissenschaftlichen Publizistik zu der Partei fälschlich eine Unterscheidung in eine vermeintlich parlaments- und bewegungsorientierte Ausrichtung vorgenommen worden sei. Er stellt dagegen auf Grundlage seiner Auswertung fest: „Diese Unterscheidung lässt sich für die Parlamentsarbeit der unterschiedlichen AfD-Fraktionen nur sehr

bedingt aufrecht erhalten, nutzen doch auch die eindeutig von der völkischen Rechten dominierten Fraktionen in den Ländern alle Mittel des Parlamentarismus.“ (200).

Genau werden in den Kapiteln die Themen der AfD im Bundestag nachgezeichnet – von der Leugnung des Klima-Wandels und der Delegitimierung demokratischer Institutionen oder verschwörungstheoretischen Ansichten über die außenpolitischen Debatten oder pro-koloniale Äußerungen bis hin zu den „Klassikern“ der radikalen Rechten, wie zum Beispiel rassistische Migrations- oder rechte Geschichtspolitik und Antifeminismus. Wiegel betrachtet dezidiert auch das Agieren der AfD in sozial- und arbeitspolitischen Fragen. Hinter der „radikalen Attitüde“ der Partei zu diesem Komplex verberge sich ein „volksgemeinschaftliches Gesellschaftsverständnis“ (33). Die AfD-nahen Pseudo-Gewerkschaften, wie zum Beispiel „Alarm“ u.a., hätten in dieser Vorstellung nur die Aufgabe des Co-Managements und nicht der Interessenvertretung. Auch würden von der AfD die Interessen von Unternehmer*innen und Mittelstand gegenüber jenen der Beschäftigten stark gemacht. „Relative oder reale Armut, chronische Erkrankungen, krankmachende Arbeitsbedingungen – all das scheint für die AfD eine fremde Lebenswelt zu sein“ (66), fasst Wiegel zusammen. Und noch deutlicher weist er auf den Charakter der politischen Praxis hin: „Die selbsternannte ‚Partei der kleinen Leute‘ besorgt im Parlament nach wie vor das Geschäft der ‚Besserverdienenden‘ und Superreichen.“ (70). Von „der angeblichen Klassenkampflinie des völkischen

Flügels“ (40) sei im Parlament nichts zu hören. Hier wäre nur der Vollständigkeit halber zu ergänzen, dass eine solche Linie in der Partei real gar nicht existiert, sondern Teile der AfD nur jene vermeintlich „antikapitalistischen“ Positionen darstellen, die auch in der Vergangenheit immer wieder von Teilen der radikalen Rechten als „nationale“ Antwort auf die „soziale Frage“ betont wurden.¹

Die AfD spreche sich klar gegen Umverteilung von Oben nach Unten aus. Als Hauptgrund für eine zunehmende soziale Spaltung in der Bundesrepublik sehe die AfD nicht etwa den Kapitalismus oder besonders unsoziale Auswirkungen der Marktwirtschaft an, sondern betone die primäre Schuld der EU und die Verantwortung des Bundestags, der wie „ein willfähriger Erfüllungsgehilfe Brüssels“ agiere (ebd.). Parlamentarische Initiativen für eine Ausweitung des Streikrechts, für verbesserten Kündigungsschutz oder mehr Mitbestimmung, für eine Finanztransaktionssteuer oder Einschränkungen für Unternehmen zum Schutz von Angestellten wurden von der AfD durchweg abgelehnt. Dort wo es praktisch wird ist also von der Partei als Vertretung der Interessen „der kleinen Leute“ nichts mehr zu sehen. Stattdessen sprach sich die Partei für private statt gesetzliche Krankenversicherung und weniger Sozialabgaben für Unternehmen aus. Die „soziale Frage“ ist für die AfD, das betont Wiegel, „immer eine Verteilungsfrage

¹ Vgl. Fabian Virchow: Von der „antikapitalistischen Sehnsucht des deutschen Volkes“. Zur Selbstinszenierung des Neofaschismus als Anwalt der „kleinen Leute“, in: UTOPIE kreativ, H. 198 / 2007, S. 352 - 360.

zwischen Gruppen in der unteren Hälfte der Gesellschaft (...) und niemals (...) eine Frage der Umverteilung von oben nach unten.“ (99) Die AfD ist – so das Fazit – im Bereich der Sozialpolitik eine „reaktionär-bürgerliche, wirtschaftsliberale Partei, die (...) nicht Alternativen vertritt, sondern für ein ‚Weiter so‘ des nationalen Wettbewerbsstaats“ stehe. Verbunden ist diese Orientierung mit einem klar rassistischen und nationalistischen Weltbild, einer teils verschwörungstheoretischen Erklärung politischer Entwicklungen, antifeministischen Positionen, einer verklärenden und rechten Geschichtspolitik sowie ideologischer Verankerung in teils faschistischer und „neu rechter“ Ideologie.

Beim Blick auf die Entwicklung der rechtsradikalen Parlamentsarbeit stellt sich Wiegel die Frage, welches strategische Ziel die Partei anstrebt und wie die „Perspektiven eines rechten Machtblocks“ (205) seien. Er wirft also die berechnete Frage nach politischer Macht und den möglichen Regierungsoptionen der AfD auf. Doch der Partei sei es nach erfolgreicher „Verankerung und Stabilisierung“ (201) – trotz Austritten und innerparteilicher Fraktionierungen – noch nicht gelungen, „einen klaren Kurs und eine perspektivische Ausrichtung der Fraktionsführung im Umgang mit der politischen Konkurrenz festzulegen. Neben der klaren Feindstellung zu Grünen und Linken zielte die AfD vor allem auf die Union, an der sie sich immer wieder abarbeitete. Das damit verbundene Ziel, unzufriedene Konservative in den Unionsparteien für die AfD zu gewinnen, ist bei den Bundestagswahlen klar verfehlt worden.“ (202f.) Die Partei habe zu den

Verlierern der Wahl 2021 gehört. Im Parlament und dem politischen Betrieb ist sie – mit Ausnahmen – isolierter denn je und die zunehmende Dominanz des völkischen Flügels in der Partei „verstärkt das perspektivisch stärker werdende Dilemma der Partei. Die scheinbar ungebremste Wachstumsphase ist offensichtlich vorbei“ (204). Konkret fehle die Antwort, „wie die relative eigene Stärke in reale Politik, in eine angestrebte Rechtsverschiebung der Bundesrepublik umgesetzt werden kann“ (205). Spätestens jedoch seit in Thüringen 2020 die Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) zum Kurzzeit-Ministerpräsident auch mit Stimmen der AfD erfolgte, muss ein solches machtpolitisches Szenario in manchen Regionen mitgedacht werden – vor allem auf der kommunalen und landespolitischen Ebene. Für die AfD stelle sich daher die Frage, „wie und in welcher Konstellation eine solche Rechtsregierung vorbereitet werden kann und ob es dazu den politischen Willen gibt.“ (205) An dieser praktischen Debatte werden auch die strategischen – oder eher: taktischen – Differenzen deutlich, die in der AfD und im Hintergrund in den Debatten der „Neuen Rechten“ virulent sind: Setzt man auf eine eher bürgerlich auftretende Partei der rechten Sammlung, die auch anschlussfähig an konservative Milieus und die CDU / CSU ist und so auf mittlere Sicht in den Institutionen eine Rechtsverschiebung einleitet, oder setzt man auf strikte Sezession von der etablierten Gesellschaft und dem politischen Betrieb und sucht einen Bruch im Sinne der „Konservativen Revolution“ und faschistischer Denker.

Paul Wellsow

Extremismusprävention zur Konservierung bestehender Verhältnisse

Julika Bürgin: Extremismusprävention als polizeiliche Ordnung. Zur Politik der Demokratiebildung, Beltz Juventa, Weinheim/Basel 2021, , 168 S., 16,95 Euro (Print) & 0,00 Euro (Open Access).

„Politische Bildung ist [...] eine ‚Praxis der gesellschaftlichen Veränderung‘, die eine auf Beharrung und Konservierung der bestehenden sozialen Verhältnisse beruhende Gesellschaft nicht zulassen kann.“ (156) Dieses Verständnis politischer Bildung wird nach Julika Bürgin, Autorin des Buches „Extremismusprävention als polizeiliche Ordnung“, in der Bundesrepublik vielfach jedoch nicht eingelöst. Dazu leiste eine Bildungslandschaft einen Beitrag, in der politische Bildung vornehmlich als Extremismusprävention gedacht, konzipiert und praktiziert wird. Politische Bildungsarbeit ist dann in Ergänzung zu staatlichen Sicherheitsapparaten dafür verantwortlich, dass „Extremismen“ in der Zukunft keine Machtzuwächse erreichen. Verhindert werden soll, dass Schüler*innen und andere Adressat*innen politischer Bildungsarbeit „extremistische“ Positionen adaptieren. Die Extremismusprävention ist als Konzept politischer Bildung bestens geeignet bestehende Verhältnisse zu legitimieren, indem Kritikansätze und politische Alternativen als „extremistisch“ kategorisiert und damit delegitimiert werden: „Die präventive Politik schafft Strukturen, um Zukunft zu bestimmen und abweichendes Verhalten verhindern zu können.“ (ebd.)

Zwar sind affirmative Ansätze politi-

scher Bildung in der bundesdeutschen Bildungslandschaft nicht neu. Die Dominanz einer extremismuspräventiven Demokratiebildung entwickelte sich laut Bürgin jedoch in den letzten Jahren. „[E]xtremismuslogische Deutungen und entsprechende (bildungs-)politische Konzepte“ seien inzwischen „vorherrschend“ (42). Das wird auch daran deutlich, welchen Stellenwert Extremismuspräventionsprogramme durch den Bund und die Länder in der gesamten Finanzierung der außerschulischen – aber auch schulischen – politischen Bildung einnehmen. Die staatlichen Apparate stellen Bildungsträger damit „in den Dienst des Antiextremismus“. (59) Doch der Antiextremismus ist nicht nur eine Leitlinie der Bildungspolitik, -konzepte und -praxis geworden. Er ist in der gesamten politischen Arena in Deutschland von Bedeutung. Gerade den Zusammenhang von Bildung und Politik stellt Bürgin in ihrem Buch immer wieder heraus. So sei die extremismuspräventive Demokratiebildung „ein politisches – also nicht nur oder primär – pädagogisches Feld.“ (10)

Dieses Feld unterzieht die Autorin einer kritischen Prüfung und nimmt unterschiedliche Sichtweisen ein. Bspw. interviewte sie Aktive in außerschulischen Bildungseinrichtungen, die nicht nur programmatisch dazu veranlasst werden, Extremismusprävention zu betreiben, sondern auch selbst als potentielle „Extremist*innen“ angesehen werden: U.a. führte die ehemalige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) im Jahr 2011 eine „Extremismusklausel“ ein, mittels der sich Bildungsträger dazu verpflichten mussten, keine „extremistischen“ Ziele zu verfolgen oder mit mutmaßlich

„extremistischen“ Partner*innen zu kooperieren. Auch wird der Verfassungsschutz seit mindestens 2004 eingebunden, um Bildungsträger zu überprüfen. Von Bürgin Interviewte bewerten diese Umstände als „drohende(n) Schatten“ oder auch als „Damoklesschwert“. (32)

Ein wesentliches Element in Bürgins Kritik ist eine Abhandlung über Demokratietheorie, in der sie einen Demokratiebegriff vorlegt, der die Extremismusprävention als im Kern antidemokratische Praxis erscheinen lässt. Auch wenn Demokratie Voraussetzungen habe – bspw. soziale, um einen demokratischen Streit tatsächlich zu realisieren – denkt Bürgin Demokratie insbesondere als Form der politischen Auseinandersetzung. Die demokratische Form sei „die Voraussetzung, um [...] über ihren materiellen Inhalt politisch zu entscheiden“. (120) U.a. mit Ingeborg Maus argumentiert sie, dass der politische Streit in einer Demokratie nie unterbunden werden dürfe. Doch genau dies geschehe im Rahmen antiextremistischer Politiken, in der Staatsapparate der Exekutive und Judikative den politischen Streit begrenzen. Während das souveräne Volk in einem „rechtsfreien Raum“ (121) residieren solle – damit meint Bürgin die Freiheit des Souveräns, Recht jederzeit schaffen und auch wieder revidieren zu können –, dürfe es „für die Staatsapparate keine rechtsfreien Räume geben.“ (ebd.) Niemals dürfe bspw. ein Gericht „an die Stelle der demokratischen Gesetzgebung“ (ebd.) treten – dies betreffe auch und besonders die Exekutive. An dieser Stelle geht Bürgin auch auf das immer wieder vorgetragene Argument ein, antiextremistische (Bildungs-)Politik

sei notwendig, um den Bestand der Demokratie dauerhaft zu sichern. Demokratie könne jedoch nicht „durch ihre Verkürzung“ (124) gerettet werden. Schließlich sei das Subjekt wehrhafter Demokratie nicht das souveräne Volk, sondern der Staat, dessen Apparate missliebige Positionen im Souverän diskreditieren und damit bestehende Machtstrukturen absichern. Demokratie werde so bekämpft und nicht geschützt.

Bürgins Abwägungen zum Demokratiebegriff scheinen auch und besonders für die politische Linke von Relevanz zu sein. Schließlich ist das Argument, man müsse rechte Strukturen durch Maßnahmen der wehrhaften Demokratie bekämpfen, nicht ausschließlich in staatstragenden politischen Milieus zu finden – freilich wurde der mutmaßliche Kampf gegen rechts immer wieder proklamiert, während man teils in viel stärkerem Maße die politische Linke bekämpfte. Auch in der Linken sind Forderungen nach Überwachung von rechten Parteien und Organisationen durch Geheimdienste, Partei- und Vereinsverbote, Verwirkung von Grundrechten etc. anzutreffen.¹ Nicht nur könnten die im Kampf gegen rechts eingeforderten Maßnahmen der wehrhaften Demokratie linke Strukturen selbst treffen. Auch weisen Bürgins Ausführungen auf ein defizitäres Demokratieverständnis in der politischen Linken hin, das es zu diskutieren gilt. Zu diskutieren ist dabei jedoch auch die These der Autorin, der Inhalt von Demokratie dürfe umfänglich erst im

¹ Zu dieser Debatte siehe auch den Heftschwerpunkt von Z 124, der eine Kritik der Extremismustheorie zum Gegenstand hat.

politischen Streitprozess bestimmt werden. Auch Bürgin selbst schreibt von den Voraussetzungen der Demokratie. Wie sollen Menschen allerdings überhaupt erst partizipieren, auch am Streit über den Inhalt von Demokratie, wenn ihnen die Möglichkeiten dazu nicht garantiert werden?

Für diese und weitere Debatten ist das Buch von Julika Bürgin ein großer Gewinn. Es kommt zur richtigen Zeit – eine Zeit, in der demokratische Rechte zunehmend abgebaut werden. Nicht nur, aber auch Bildungsarbeit muss dem entgegengetreten.

Dominik Feldmann

„Vielfalt“ als Verschleierung ökonomischer Ungleichheit

Walter Benn Michaels: Der Trubel um Diversität. Wie wir lernten, Identitäten zu lieben und Ungleichheit zu ignorieren, Edition Tiamat, Berlin 2021, 296 S., 24 Euro.

Der US-amerikanische Literaturwissenschaftler Walter Benn Michaels setzt sich in seinem erstmals 2006 erschienenen Buch mit dem „Trubel um Diversität“ auseinander. „Diversität“ ist für ihn der Schlüsselbegriff einer liberalen Ideologie, die in den USA im Alltagsbewusstsein verankert ist und die auch hierzulande Fuß fasst. Ein zentrales Merkmal dieser Ideologie ist, dass sie Diskriminierung und ungleich verteilte Chancen innerhalb des Kapitalismus skandalisiert, aber nicht den Kapitalismus selbst und nicht die soziale Ungleichheit, die dieser erzeugt. Michaels konstatiert, dass in der Debatte um Diversität herrschende Kategorien unhinterfragt übernommen werden, was vor allem

im US-amerikanischen Kontext im Hinblick auf den Begriff der „Rasse“ besonders problematisch ist. „Rasse“ als eine „soziale Konstruktion“ zu behandeln, hält der Autor für keine überzeugende Lösung: „Dass ‚Rassen‘ nunmehr als soziale Tatsachen erachtet werden, läuft lediglich auf das Eingeständnis hinaus, dass wir sie irrtümlich für eine biologische Tatsache gehalten haben und nunmehr darauf bestehen, diesen Fehler auch weiterhin zu machen.“ (64) Die Ideologie der Vielfalt wird Michaels zufolge in den USA dazu benutzt, um ökonomische Ungleichheit zu verschleiern. Er kritisiert unter anderem die Vorstellung, dass es „weißen“ Reichtum gebe, an dem die große Mehrheit der Weißen in den USA aber keinen Anteil habe. Nach dieser Logik könne man ebenso gut von „asiatischem“ Reichtum reden, denn die „Asian-Americans“ sind bei den Vermögenden statistisch überrepräsentiert (10). Das Risiko, Opfer von tödlicher Polizeigewalt oder inhaftiert zu werden, habe durchaus mit Rassismus, vor allem aber mit Armut zu tun. Ein anderes Beispiel ist die Corona-Pandemie: Medien zufolge seien Menschen bestimmter „Rassen“ besonders von Covid betroffen, in Wirklichkeit sei jedoch die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse der entscheidende Faktor.

Nicht „Klassismus“, sondern Klassen seien das grundsätzliche Problem. „Die Arbeiterklasse (...) ist keine Identität, und wenn man sie wie eine behandelt, nämlich Opfer von Ausbeutung behandelt, als wären sie solche von Diskriminierung, bestätigt man die Schichtung der Klassen (...). Für die Linke besteht das Problem mit der Arbeiterklasse allerdings nicht da-

rin, dass die Menschen, die ihr angehören, unfair behandelt würden; die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse selbst ist die Ungerechtigkeit, die notwendig ist für den Kapitalismus, damit er überhaupt bestehen kann.“ (20)

Zu den Schwächen des Buchs gehört, dass der Autor die Verankerung der Ideologie in den Verhältnissen nicht hinreichend erklärt und dass er zweitens keine Alternative, d.h. keine kapitalismuskritische Antidiskriminierungspolitik skizziert. Ungeachtet dessen hat Michaels eine treffende und lesenswerte Analyse der liberalen Diversitätsideologie vorgelegt.

Michael Zander

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Joachim Becker, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Ulrich Brinkmann, Frank Deppe, Klaus Dräger, Jürgen Leibiger, Nicole Mayer-Ahuja, Klaus Pickshaus, Jörg Roesler, Conny Weißbach, Harald Werner.

Redaktion: Stefan Bollinger, Janis Ehling, Dominik Feldmann, Jörg Goldberg, Jule Kettelhoit, Maurice Laßhof, André Leisewitz, John Lütten, Patrick Ölkrug, Jürgen Reusch, David Salomon, Gerd Wiegel, Michael Zander.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers/der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Abonnementpreis (vier Hefte): Euro 35,-. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 43,-. Das Einzelheft kostet Euro 10,-. Abo zum reduzierten Preis (Studierende u.a., gegen Nachweis) Euro 28,-, Ausland Euro 36,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen.

Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595. IBAN: DE 69 5005 0201 0000 0345 95; BIC: HELADEF1822. Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 700346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406. e-mail: redaktion@zme-net.de; www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de.

Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH, Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza. ISSN: 0940-0648. Redaktionsschluss: 31.07.2022.

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Jörg Becker – Solingen, Politikwissenschaftler

Prof. Dr. Günter Benser – Berlin, Historiker

Heiko Bolldorf – Marburg, Soziologe und freiberuflicher Referent für Gewerkschaften

Dr. Stefan Bollinger – Berlin, Historiker, Z-Redakteur

Prof. Dr. Dieter Boris – Marburg/L., Sozialwissenschaftler, Z-Beirat

Sevim Dağdelen – Berlin, MdB DIE LINKE, Obfrau im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. Frank Deppe – Marburg/L., Politikwissenschaftler, Z-Beirat

Prof. Dr. Klaus Dörre – Jena, Sozialwissenschaftler, Hochschullehrer

Dominik Feldmann, M. Ed. – Olpe, Politikwissenschaftler, Z-Redakteur

David Goëßmann – Berlin, Journalist, Buchautor und Redakteur bei Telepolis

Dr. Jörg Goldberg – Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur

Philippe Haller – Darmstadt, Student der Soziologie

Dr. Gert Hautsch – Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler, Medienjournalist

Prof. Dr. Uwe Hirschfeld – Dresden, Sozialwissenschaftler

Bernd Hüttner – Bremen, Politikwissenschaftler

Glenn Jäger – Bonn, Studium der Anglistik und Sozialwissenschaften, Verlagstätigkeit

Dr. Sabine Kebir – Berlin, Philosophin, Privatdozentin

Juri Kilroy – Berlin, freier Autor

Dr. Sebastian Klauke – Kiel, Politikwissenschaftler

Prof. Dr. Hermann Klenner – Berlin, Rechtswissenschaftler

Dr. André Leisewitz – Weilrod, Dipl. Biol., Z-Redakteur

Lothar Letsche, M.A. – Tübingen, Übersetzer, bis 2011 wiss. Ang., Betreiber d. Website berufsverbote.de (als Betroffener)

Sebastian Liegl – Halle, Student der Politikwissenschaften

Prof. Dr. Klaus Müller – Lugau, Wirtschaftswissenschaftler

Wolfgang Müller – München, Sozialwissenschaftler und Informatiker

Fabian Nehring – Berlin, Politikwissenschaftler, Redakteur bei 99zueins

Ulrike Obermayr – Darmstadt, Geschäftsführerin IG Metall Darmstadt

Anna Rebel – Moskau, Slawistin

Dr. Jürgen Reusch – Frankfurt/M., Politikwissenschaftler, Z-Redakteur

Dr. David Salomon – Dreieich, Sozialwissenschaftler, Z-Redakteur

Nils Schniederjann – Berlin, Student der Philosophie und Literatur, selbstständiger Designer, betreibt den YouTube-Kanal „Feine Welt“

Joachim Schubert – Mannheim, ehem. Betriebsrat ALSTOM

Alexander Wagner – Frankfurt/M., Politikwissenschaftler, Gewerkschaftssekretär beim DGB

Peter Wahl – Worms, Sozialwissenschaftler und Romanist, Mitbegründer von Attac

Paul Wellsow – Lüneburg, Politikwissenschaftler, z.Zt. Pressesprecher des LV Niedersachsen DIE LINKE

Dr. Gerd Wiegel – Berlin, Politikwissenschaftler, Fachreferent Rechtsextremismus/Antifaschismus der Linksfraktion, Z-Redakteur

Dr. Dieter Wolf – Mülheim an der Ruhr, Sozialwissenschaftler

Dr. Michael Zander – Berlin, Dipl.-Psych., vertritt eine Prof. für Rehabilitationspsychologie a. d. Hochschule Magdeburg-Stendal, Z-Redakteur